

Antwort an den Kreistag

Fulda, 22.06.2020

zu TOP V.18. der Kreistagssitzung am 22.06.2020

Verbot der Wasserentnahmen aus Bächen, Flüssen und Seen / Wassersparmaßnahmen / Wassermanagement Anfrage der SPD-Fraktion vom 29.05.2020

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

zu 1.:

Die die Allgemeinverfügung zum Verbot von Wasserentnahmen aus Fließgewässern befindet sich aktuell in Vorbereitung. Die Pegelstände an den hiesigen Gewässern werden täglich abgerufen. Aller Voraussicht nach wird die Verfügung im Juli erforderlich.

zu 2. und 3.:

Mittelfristig wird im hydrologischen Sommerhalbjahr (Mai-Oktober) die Niederschlagsrate sinken, sodass in den Gewässern der Niedrigwasserstand erreicht wird und insbesondere kleinere Fließgewässer trockenfallen werden. So gewinnt im Zuge des Wassermanagements zum einen das Entnahmeverbot an Bedeutung, zum anderen rückt die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in den Fokus, die sich u. a. zum Ziel setzt, die aquatischen Ökosysteme durch eine ausreichende Wasserführung zu schützen.

Im hydrologischen Winterhalbjahr (November-April) ist zu erwarten, dass sich die Gewässer durch Niederschläge in Bezug auf den Wasserstand wieder erholen.

Dieser jahreszeitliche Verlauf zeigt sich auch in den Grundwasserständen. Diese sind in Hessen derzeit höher als im gleichen Zeitraum im Jahr 2019. Somit ergibt sich eine verbesserte Ausgangslage für den Sommer 2020. Doch mit Beginn der heißen Sommermonate ist wieder mit sinkenden Grundwasserständen zu rechnen.

Die Kommunen müssen auch dann wieder die Wasserversorgung als Aufgabe der Daseinsvorsorge gewährleisten.

Durch die Erfahrungen aus den letzten beiden Jahren, sind sowohl die kritischen Versorgungsgebiete erkannt worden, als auch Vorkehrungen getroffen worden, zu denen u. a. Leckagebeseitigungen und der Bau von Verbindungsleitungen zu autarken Wassersystemen zählen.

Das Hessische Umweltministerium übernimmt in enger Zusammenarbeit mit den Regierungspräsidien federführend die Ressourcenbewirtschaftung und fördert finanziell sowie beratend die interkommunale Zusammenarbeit, um Resilienzen zu erhöhen und Speicherkapazitäten an die klimatischen Bedingungen anzupassen.


Woide
Landrat